

Pressestatement

Reimann zum Krankenhausgipfel: Ineffiziente Krankenhausstrukturen können wir uns nicht mehr leisten

Berlin, 9. September 2024

Anlässlich des heutigen Krankenhausgipfels fordert die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) unter anderem einen schnellen Ausgleich der Inflationkosten für die Krankenhäuser. Dazu sagt die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann:

„Wenn DKG-Präsident Gerald Gaß vor den Folgen der Inflation spricht und eine schnelle Anpassung der Vergütungen fordert, handelt es sich um eine rückschauende Betrachtung. Inzwischen hat sich die Lage längst entspannt. Die Inflationsrate ist wieder auf einem niedrigen Niveau angekommen, sodass auch die Kliniken von stabilen Preisen profitieren.“

Einfach immer mehr Geld für die Krankenhäuser zu fordern, ist keine Lösung. Denn die Politik schießt schon seit Jahren sehr viel Geld in eine unwirtschaftliche Krankenhaus-Landschaft. Die Schere zwischen Krankenhaus-Kosten und den Leistungen der Kliniken ist in den vergangenen Jahren immer weiter auseinander gegangen. Während die Ausgaben der GKV seit dem Jahr 2010 um gut 60 Prozent gestiegen sind, gingen die Fallzahlen im gleichen Zeitraum um knapp elf Prozent zurück. Vor allem in den Pandemie-Jahren gab es einen enormen Anstieg der Ausgaben pro Fall.

Nach einer aktuellen Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) sind die Fallzahlen im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres zwar wieder leicht um 2 Prozent gestiegen. Aber sie liegen immer noch knapp 13 Prozent unter dem Niveau von 2019. Wir sehen gerade

bei den ambulant-sensitiven Diagnosen einen Fallzahl-Einbruch, der sich auch nach der Pandemie verstetigt hat.

Aufgrund dieses Fallzahl-Rückgangs und auch ohne die Inflation der vergangenen zwei Jahre wäre bis 2030 ein Viertel der Häuser von Insolvenz bedroht. Denn die Klinikdichte ist in Deutschland mit mehr als 1.700 Häusern höher als in allen anderen Ländern Europas und zu hoch, um an allen Standorten qualifiziertes Personal vorzuhalten. Diese ineffizienten Strukturen können wir uns nicht länger leisten. Stattdessen sollte das Geld gezielt in die Standorte fließen, die tatsächlich für die Versorgung der Bevölkerung benötigt werden.

Daher brauchen wir im Rahmen der anstehenden Krankenhausreform dringend eine fallunabhängige, bevölkerungsbezogene und bedarfsorientierte Finanzierung der Krankenhaus-Vorhaltekosten über einen Fonds. Dies würde wesentlich weniger bürokratischen Aufwand verursachen als das aktuell geplante fallbezogene System und eine krisensichere, von aktuellen Fallzahl-Schwankungen unabhängige Solvenzsicherung für die Krankenhäuser garantieren. Um den realen Versorgungsbedarf der Bevölkerung in den Regionen zu ermitteln, muss der Gesetzgeber zudem zeitnah die Erarbeitung eines wissenschaftlich fundierten Bedarfsbemessungsinstrumentes beauftragen.“